



«Auf 39 Prozent Zoll kann man sich als Unternehmen nicht vorbereiten»

Malte Aeberli und Maren Meyer

Stimmen aus der Wirtschaft Trotz stärker betroffener Nachbarkantone: Die Zürcher Handelskammer fordert Unterstützung vom Bund.

39 Prozent. Es ist eine Schreckenszahl für die Wirtschaft. Bereits Ende Woche sollen die neuen US-Strafzölle in Kraft treten. Wenig Zeit für die Unternehmen und ihre Interessenvertreter, um auf die Ankündigung zu reagieren. Raphaël Tschanz, Direktor der Zürcher Handelskammer, ist gerade auf dem Weg zurück in die Schweiz, als ihn diese Redaktion am Telefon erreicht. Die US-Ankündigung sei für ihn ein «Schock».

«Für die betroffenen Unternehmen ist der heutige Entscheid ein harter Schlag», sagt Tschanz. Im Kanton Zürich sei der Anteil der produzierenden Unternehmen an der Gesamtwirtschaft allerdings etwas geringer als im Rest der Schweiz: 13 Prozent der Zürcher Wirtschaft sind Industriebetriebe, schweizweit sind es 26 Prozent. «Insofern ist der Kanton Zürich weniger stark betroffen als andere Regionen», sagt Tschanz.

Im Kanton Zürich waren gemäss der letzten Strukturerhebung von 2022 rund 140'000 Menschen in der produzierenden Industrie tätig. Für diese Menschen erhofft sich Tschanz nun möglichst rasch Hilfe des Bundes: Das Parlament müsse die maximale Bezugsdauer für Kurzarbeitsentschädigung auf 24 Monate ausdehnen, um den Unternehmern und den Beschäftigten eine Verschnaufpause zu geben. Die SP forderte sogar eine Ausdehnung der Kurzarbeit bis zum Ende der Amtszeit von Donald Trump.

«Die Regierung und diplomatische Kreise haben bei den Zürcher Unternehmern Hoffnung

und Zuversicht genährt. Ich erwarte, dass sie uns jetzt nicht im Regen stehen lassen», sagt Tschanz. Auch an die Zürcher Regierung stellt er Forderungen: «In Zürich brauchen wir möglichst gute Rahmenbedingungen für die Unternehmen», sagt Tschanz.

Das Ende von Exporten aus Zürich in die USA?

Die Unternehmen hätten sich zwar in den letzten Monaten auf höhere Zölle einstellen müssen, aber «auf 39 Prozent Zoll kann man sich nicht vorbereiten». Bereits heute müsse man als Exporteur aufgrund des starken Frankens die Produktivität steigern und alle Abläufe optimieren, um konkurrenzfähig zu sein. «Dieser Entscheid dürfte für viele Unternehmen, die nicht hoch spezialisiert sind und deren Produkte ersetzbar sind, das Ende ihrer Exporte in die USA bedeuten», sagt Tschanz.

Es bleibe jetzt zwar noch gut eine Woche, bis die Zölle in Kraft treten würden. Die betroffenen Unternehmen müssten nun versuchen, mit ihren Kunden in den USA einen Weg zu finden, ob man sich in einer Übergangsphase die Zollkosten aufteilen könnte, um etwa die Lieferketten sicherzustellen.

Und danach? «Wer nicht bereits in den USA produziert, könnte etwa seine Produktionskapazitäten im EU-Raum nutzen, um einigermaßen konkurrenzfähig zu bleiben, oder müsste auf andere Märkte als die USA fokussieren», sagt Tschanz.

Rahul Sahgal schätzt die Situation ähnlich ein wie Tschanz:

«39 Prozent sind sehr schädlich», sagt der CEO der Schweizerisch-Amerikanischen Handelskammer Swiss Am Cham in Zürich. Aber die Unternehmen im Kanton Zürich dürften nicht so stark betroffen sein wie andere Kantone. Denn anders als beispielsweise in den Kantonen Aargau oder Thurgau sei der Anteil von Industrieunternehmen im Kanton Zürich nicht ganz so hoch.

Viele Zürcher KMU sind nicht stark exportorientiert

Positiv sei, dass eine Vielzahl von Zürcher KMU nicht stark exportorientiert sei. Industriefirmen wie Rieter oder der Autozulieferer Autoneum würden hingegen stark getroffen werden, da ein Zoll von 39 Prozent das Exportgeschäft mit den USA ruiniere. Und selbst kleine Betriebe, die von den Zöllen nicht direkt betroffen seien, «werden auf längere Sicht Probleme bekommen, wenn die Wirtschaft in der Schweiz schwächelt», sagt Sahgal.

Darüber hinaus verschärften die vergleichsweise niedrigeren Zölle für andere westliche Volkswirtschaften und die Stärke des Schweizer Frankens die Herausforderungen für die exportorientierten Unternehmen zusätzlich.

Wichtig sei es jetzt, mit den Amerikanern im Gespräch zu bleiben und eine Strategie zu finden, wie die angedrohten US-Strafzölle reduziert werden könnten, sagt Sahgal.